

## **Information zur Erhebung von personenbezogenen Daten im Rahmen des betreuungsgerichtlichen Verfahrens**

Der Schutz Ihrer Daten ist uns als Betreuungsbehörde des Landkreises Berchtesgadener Land ein besonders wichtiges Anliegen. Auf den folgenden Seiten wollen wir Sie daher über die Verarbeitung der personenbezogenen Daten durch uns und auch über die für Sie geltenden Rechte nach der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) und dem Betreuungsorganisationsgesetz (BtOG) informieren. Nach Artikel 4 DSGVO sind personenbezogene Daten alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder zu identifizierende natürliche Person beziehen.

### **1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit**

Diese Information bezieht sich auf die Verarbeitung von Daten im Zusammenhang mit den Aufgaben der Betreuungsbehörde.

### **2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen**

Landratsamt Berchtesgadener Land  
Salzburger Straße 64  
83435 Bad Reichenhall  
Telefon: +49 8651 773-0  
Telefax: +49 8651 773-111  
Internet: [www.lra-bgl.de](http://www.lra-bgl.de)  
E-Mail: [datenschutz@lra-bgl.de](mailto:datenschutz@lra-bgl.de)

### **3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten des Landratsamtes Berchtesgadener Land**

Salzburger Straße 64  
83435 Bad Reichenhall  
Telefon: +49 8651 773-534  
Telefax: +49 8651 773-9534  
E-Mail: [datenschutz@lra-bgl.de](mailto:datenschutz@lra-bgl.de)

### **4. Zwecke und Rechtsgrundlagen der Verarbeitung**

#### **a) Zweck**

Die Betreuungsbehörde erhebt bzw. verarbeitet Ihre personenbezogenen Daten (Art. 5 DSGVO) wie z.B. Name, Adresse, Geburtsdaten, Versicherungen, Konten und die besonders schutzbedürftige Kategorie der Gesundheitsdaten (Art. 9 Abs. 1 DSGVO), um im Rahmen Ihrer Mitwirkung am

Verfahren dem Amtsgericht oder Landgericht die Entscheidung über die Bestellung eines Betreuers, einer Unterbringungsmaßnahme oder einer anderen betreuungsgerichtlichen Maßnahme zu ermöglichen. Die Erhebung bzw. Verarbeitung erfolgen aufgrund gesetzlicher Vorgaben des § 4 BtOG und dienen der Sachverhaltsaufklärung in den einzelnen Verfahren.

Verarbeitet und gespeichert werden die Daten im Fachverfahren „Butler Behörde 21“.

**b) Rechtsgrundlage**

- Die Datenverarbeitung aufgrund einer gesetzlichen Aufgabe der Betreuungsbehörde erfolgt gemäß Art. 6 Absatz 1 Buchstabe c und e, Art. 9 Absatz 2 Buchstabe b DSGVO sowie Art. 4 Bayerisches Datenschutzgesetz in Verbindung mit § 4 Betreuungsorganisationsgesetz.
- In den Fällen in denen die Datenverarbeitung nicht aufgrund einer gesetzlichen Grundlage erfolgt, erfolgt die Datenverarbeitung aufgrund einer Einwilligung gemäß Art. 6 Absatz 1 Buchstabe a sowie Art. 9 Absatz 2 Buchstabe a DSGVO.

**5. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten sowie Datenquellen**

**Kategorien personenbezogener Daten:**

Folgende Kategorien personenbezogener Daten können durch die Betreuungsbehörde im Rahmen ihrer gesetzlichen Aufgaben verarbeitet werden:

Grunddaten zur Person:

Nachname, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Geburtsname, Nationalität, Familienstand, Geschlecht, Telefonnummer, Emailadresse.

Weitere mögliche Kategorien personenbezogener Daten:

Angaben zur Einkommens- und Vermögenssituation, Gesundheitsdaten, Angaben zur gesetzlichen Betreuung, Angaben zur/zum Bevollmächtigten, Art und Bezug von Sozialleistungen, Angaben über familiäre und soziale Situation, Kontaktdaten Dritter, Religionszugehörigkeit.

**Empfänger der personenbezogenen Daten:**

Ihre persönlichen Daten können je nach Zweck der Aufgaben der Betreuungsbehörde an folgende Dritte übermittelt werden. Dies geschieht in der Regel aufgrund einer gesetzlichen Grundlage oder aber durch Ihre Einwilligung bzw. die Einwilligung Ihres Vertreters/Ihrer Vertreterin/Ihrer Vertreter.

- Betreuungsgericht (Amtsgericht) / Landgericht
- Sozialleistungsträger (z. B. Jobcenter) und andere Behörden (z. B. Gesundheitsamt, andere Betreuungsbehörden)
- Andere Gerichte
- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden
- Verfahrensbeteiligte (z. B. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r, Verfahrenspfleger/in)
- Kliniken oder soziale Einrichtungen (z. B. Therapeutische Wohngruppe, Alten- und Pflegeheim)

### **Datenquellen:**

Personenbezogene Daten sind grundsätzlich bei dem/der Betroffenen zu erheben. Liegt eine gesetzliche Grundlage oder Ihr Einverständnis vor, darf die Behörde personenbezogene Daten auch bei Folgenden an anderen öffentlichen und nicht öffentlichen Stellen oder Personen erheben:

- Angehörige
- Verfahrensbeteiligte (z. B. Betreuer/in, Bevollmächtigte/r, Verfahrenspfleger/in)
- Sozialleistungsträger (z. B. Jobcenter) und anderen Behörden (z. B. Gesundheitsamt, andere Behörden)
- Gerichte
- Polizei- und Strafverfolgungsbehörden
- Meldebehörden
- Ärzten / Therapeuten
- Pflegeheimen / Krankenhäuser / Sozialstationen / Pflegedienste / andere Einrichtungen
- Personen aus dem sozialen Umfeld (z. B. Nachbarn, Vermieter/in, Arbeitgeber)
- Geldinstitute

### **6. Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland**

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland im Sinne von Art. 13 Absatz 1 Buchstabe f DSGVO ist nicht beabsichtigt.

### **7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten**

**Ihre Daten werden in dem Verfahren mit folgenden Fristen gelöscht:**

10 Jahre nach Abschluss des Verfahrens bzw. 1 Jahr nach Tod der/des Betroffenen. Solange die Aufbewahrungsfrist nicht abgelaufen ist, besteht kein Recht auf Löschung ihrer Daten nach Art. 17 Absatz 3 DSGVO.

### **8. Betroffenenrechte**

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht, Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

**8. Widerrufsrecht**

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

**9. Folgen bei Nichtbereitstellung der Daten durch die betroffenen Personen**

Beruhet die Bereitstellung der Daten nach Art. 13 Absatz 2 Buchstabe c DSGVO auf Ihrer Einwilligung und Sie willigen nicht in die Bereitstellung ein, so kann die Betreuungsbehörde dem Betreuungsgericht gegebenenfalls nicht alle notwendigen Informationen zur Entscheidung über die Errichtung einer gesetzlichen Betreuung oder einer Unterbringungsmaßnahme mitteilen beziehungsweise können keine anderen Hilfen vermittelt werden.